



Kern: Die Haupt- und Werkrealschulen sind unverzichtbar

Zur Bekanntgabe von Zahlen, die ein gänzlich anderes Bild von den tatsächlichen und zu erwartenden Größen der Hauptschulen zeichnen, sagte der bildungspolitische Sprecher, **Dr. Timm Kern**:

„Spätestens jetzt muss die Kultusministerin so konsequent sein und die Koalition verlassen, wenn sie die Grünen nicht zu einer Unterstützung ihres Vorhabens einer geänderten Ermittlung der Mindestgröße einer Schule bewegen kann. Die vom Kultusministerium selbst vorgelegten Zahlen zur Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen in den Folgejahren nach der Einschulung sprechen eine Sprache, wie sie klarer nicht sein könnte: Der Schülerjahrgang, der im Schuljahr 2012/13 in der Klasse 5 der Haupt-/Werkrealschulen startete, vergrößerte sich bis Klasse 9 um 34,4 Prozent. Und der im Schuljahr darauf folgende Jahrgang nahm bis zur 9. Klasse sogar um 45,8 Prozent zu. Es wird damit der Realität nicht gerecht, lediglich von der Eingangsklasse auf die zukünftig zu erwartende Schulgröße zu schließen. Deshalb ist es unangemessen, dass allein die Schülerzahlen in der Eingangsklasse über Sein oder Nichtsein einer Schule entscheiden – und den Haupt- und Werkrealschulen gegenüber in höchstem Maße unfair. Hinter den steigenden Zahlen stehen die Schülerinnen und Schüler, die an einer anderen weiterführenden Schule begonnen haben und anschließend auf eine Haupt- und Werkrealschulen gewechselt sind. Das ist zugleich ein eindeutiger Beleg für die Unverzichtbarkeit der Schulart. Wir Freie Demokraten wollen die Haupt- und Werkrealschule als festen Bestandteil einer vielfältigen Schullandschaft erhalten. Deshalb hat die FDP/DVP Fraktion einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der den Vorschlag der Kultusministerin aufgreift und statt der Schülerzahl in der Eingangsklasse die Durchschnittsgröße der Jahrgangsstufen 5 bis 9 den Berechnungen zu Grunde legt. Für den Fall, dass der grüne Koalitionspartner die CDU-Kultusministerin im Kabinett im Stich lässt, bietet die Abstimmung über diesen Gesetzentwurf für sie eine zweite und womöglich letzte Chance, ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren.“